

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Schwedische Wahlen

Seit 1932 hat Schweden sozialdemokratische Regierungen. Von diesem Jahre bis zu seinem Tode 1946 war *Per Albin Hansson* Staatsminister. Auf ihn folgte *Tage Erlander*, der heute der am längsten amtierende Regierungschef eines demokratischen Landes ist. Während des Krieges gab es eine Koalitionsregierung mit allen bürgerlichen Parteien unter *Per Albins* Leitung. Außerdem gab es von 1951 bis zum Jahre 1957 eine Koalitionsregierung mit der Bauernpartei, mit der auch schon in den dreißiger Jahren eine gute Regierungszusammenarbeit bestanden hatte. Seit 1957 regiert die Sozialdemokratie allein. Sie stützt sich auf eine schwache Majorität im Reichstag und eine feste Mehrheit, wenn der Reichstag und die hier noch bestehende erste Kammer, wie immer bei wichtigen Abstimmungen, zusammengerechnet werden.

Die Mehrheitsverhältnisse waren während dieser ganzen Zeit nur geringen Veränderungen unterworfen. Es gab einige starke Verschiebungen zwischen den drei bürgerlichen Parteien, aber die sozialdemokratischen Ziffern schwankten kaum mehr als 1—2 vH in die eine oder andere Richtung. Einen unerwartet großen Verlust erlitten jedoch die Sozialdemokraten bei den Gemeindewahlen im September dieses Jahres. Gegenüber den Reichstagswahlen von 1964 verloren sie rund 5 vH und gegenüber den Kommunalwahlen von 1962 sogar reichlich 8 vH an Stimmen. Die meisten dieser Verluste kamen den bürgerlichen Parteien zugute, ein kleinerer Teil auch den Kommunisten.

Obwohl es sich nur um Kommunalwahlen handelte, muß die Niederlage doch auf das Konto einer allgemeinen Unzufriedenheit breiter Schichten mit der gegenwärtigen Regierungspolitik gebucht werden. Dieser Eindruck wird dadurch bestärkt, daß die Stimmenverluste fast gleichmäßig über das ganze Land verteilt waren und in den Städten und größeren Industriezentren sogar größer waren als auf dem Lande. Wo liegen die Ursachen dieser Niederlage? — Selbstverständlich entdeckt man besonders hinterher immer eine ganze Reihe von Fehlern. Auf alle diese kann hier nicht eingegangen werden, aber drei Punkte dürften eine primäre Bedeutung für den Wahlausgang gehabt haben.

1. Eine allgemeine Verschiebung der Sozialstruktur innerhalb der Bevölkerung.

2. Die rein generationsmäßig bedingte unterschiedliche Einstellung der jüngeren Wähler zu den Fragen der Gegenwartspolitik.

3. Eine allzu „staatsmännische“ Politik der Sozialdemokratie, bei der die Frage politischer Propaganda und etwas mehr egoistischer Parteipolitik zu kurz kam.

Die Verschiebung der Sozialstruktur hängt eng mit dem wachsenden Anteil der Angestellten, Beamten und des höheren technischen Personals in der Industrie und im gesamten öffentlichen Leben zusammen. Die heutigen Großstädte sind nicht mehr in gleichem Maße „Arbeiter“-Zentren wie früher. Geschäfte, Kontore und alle möglichen Behörden und Institutionen nehmen hier einen immer größeren Platz ein. Die Menschen, die hier tätig sind, fühlen sich nicht in gleichem Maße als Arbeiter wie die an der Drehbank oder auf dem Bau. Diese neuen „Mittelschichten“ fühlen sich auch in Schweden nur bedingt von einer „Arbeiterpartei“ angezogen. Dabei ist es unwesentlich, daß viele von den jüngeren Jahrgängen innerhalb dieser Schichten ihren sozialen Aufstieg erst der sozialdemokratischen Schulreform zu verdanken haben. — Dankbarkeit gibt es nicht in der Politik, und man soll sie auch nicht fordern oder erwarten.

Doch auch in der Arbeiterschaft selber geht ein permanenter sozialer Umwandlungsprozeß vor sich. In Schweden hat die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik immer versucht, die ökonomischen und die Klassenunterschiede auszugleichen und vor allem den am schlechtesten gestellten Gruppen zu helfen. Dank dieser weitgehend erfolgreichen Politik ist der Anteil der sozial und wirtschaftlich besonders benachteiligten Gruppen stark gesunken. Aber mit dieser Politik ist auch die Zahl derjenigen erheblich zusammengeschrumpft, denen man z. B. mit Hilfe einer Steuererleichterung oder einem weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge wesentliche Vorteile verschaffen kann. Dagegen ist die Zahl derjenigen außerordentlich gestiegen, die dank ihrer gestiegenen Löhne in eine erheblich höhere Klasse des progressiv gestaffelten Steuersystems gekommen sind. Diesen Steuerdruck empfindet man stärker und direkter, als den schon zur Selbstverständlichkeit gewordenen besseren Lebensstandard. Dies hat man in der Regierung schon vor Jahren eingesehen und deshalb an Stelle weiterer direkter Steuererhöhungen die Umsatzsteuer eingeführt. (Gegenwärtig beträgt diese für die meisten Waren 10 vH und wird einmalig, in der letzten Instanz erhoben.)

So paradox es klingt: Die Erfolge der sozialdemokratischen Politik enthalten auch die Elemente, die u. a. jetzt zur Wahlniederlage führten. Der höhere Lebensstandard, den zu schaffen eine Voraussetzung erfolgreicher sozialdemokratischer Regierungspolitik war, engt auch die Ausweitung der Basis der eigenen Politik ein.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die jüngeren Wähler und die Jugend überhaupt betrachtet. Während die Älteren noch die Er-

fahrungen der schlechten Jahre haben und hier ihre Vergleiche anstellen, sind die Krisen- und Arbeitslosjahre sowie die Zeiten einer unzulänglichen sozialen Fürsorge für die Jüngeren etwas weit Zurückliegendes, das sie nur aus Büchern und von Erzählungen her kennen. Diese Zeit ist für sie schon Geschichte geworden. („Es war einmal.“) Es ist die Selbstverständlichkeit des Generationsunterschiedes, daß die Alten und die Jungen hier mit zwei verschiedenen Maßstäben messen. Die Jüngeren vergleichen nicht die Gegenwart mit einer Vergangenheit, die sie selber nicht erlebt haben, sondern sie empfinden in stärkerem Maße die Mängel und Unzulänglichkeiten des heutigen Tages.

Eine dieser negativen Seiten, die in der Wahlentscheidung besonders der jüngeren Wähler eine große Rolle spielte, war der Wohnungsmangel. Obwohl Schweden mehr Wohnungen gebaut hat als die meisten übrigen Länder, so ist doch noch kein Ende der Wohnungsnot abzusehen. Im Jahre 1964 entfielen an Neubauten auf 1000 Einwohner

in Schweden 11,4 neue Wohnungen,
in der Bundesrepublik 10,7 neue Wohnungen
in Rußland 10,2 neue Wohnungen
in den USA 8,3 neue Wohnungen.

Ein Viertel aller Wohnungen in Schweden stammt aus den letzten zehn Jahren. Im Jahre 1945 gab es 2 Millionen Wohnungen mit einer Wohndichte von je drei Personen. Im Jahre 1965 war die Zahl der Wohnungen auf 3 Millionen gestiegen und die Wohndichte auf je 2,5 Personen gesunken. Wenn auch die Zahl der äußersten Notfälle im Verhältnis zu Westdeutschland gering ist, so ist es doch sehr schwer und langwierig, eine Wohnung zu bekommen. Nun hätte auch keine bürgerliche Regierung diese Wohnungsnot beheben können, aber das ändert nichts daran, daß sich die Kritik an diesen Mißständen gegen diejenigen richtet, die verantwortlich in der Regierung sitzen. Die Unzufriedenheit mit der Wohnungsnot betrifft außerdem nicht nur die wirklich Bedürftigen, sondern psychologisch auch viele, die zwar eine gute Wohnung haben, aber gezwungen sind, weit außerhalb der Stadt oder weit entfernt vom Arbeitsplatz zu wohnen, ebenso alle diejenigen, welche eine größere Wohnung haben wollen und diese nicht bekommen können. Für die Wahlentscheidung besonders der jüngeren Wähler spielte die Wohnungsfrage eine primäre Rolle.

Infolge der langen Regierungszeit hat sich die schwedische Sozialdemokratie in sehr starkem Maße mit dem Staat, den sie ja zum großen Teil mitgeschaffen hat, identifiziert und die staatspolitischen Interessen stets über die parteipolitischen gestellt. Nicht immer ist das populär. Wenn die steigenden öffentlichen Ausgaben, auch die sozialpolitischen Reformen, höhere Steuern verlangen, dann ist das

ebenso unpopulär wie die Erhöhung der Zinssätze, die automatisch Miet- und Preiserhöhungen nach sich zieht. Die antiinflationistische Politik ist zwar eine Notwendigkeit und wird von allen gefordert, und keine der bürgerlichen Parteien hat hier ein klares Programm, aber die Kritik an den selbstverständlich auch unangenehmen Auswirkungen dieser Politik trifft immer die dafür Verantwortlichen, in diesem Fall die sozialdemokratische Regierung.

Ebenso haben die diesjährigen Gehalts- und Arbeitskonflikte mit vor allem den höheren Beamten und Angestellten nicht zur Popularisierung der sozialdemokratischen Politik beigetragen. Im Zuge des Ausgleichs der sozialen und ökonomischen Unterschiede kamen diese Gruppen in früheren Jahren prozentual, nicht jedoch absolut, immer etwas schlechter bei den Lohnerhöhungen weg als die Arbeiter. Jetzt forderte man nun dort Gehaltserhöhungen bis zu 30 vH, was in vielen Fällen absolut je Monat mehr ausmacht als die letzten Lohnerhöhungen der Arbeiter für das ganze Jahr. Bei vielen Arbeitergruppen machten die letzten tariflichen Lohnerhöhungen für das Jahr kaum viel mehr als 600 Kr. aus, während z. B. die akademisch ausgebildeten Lehrer Lohnerhöhungen fordern, die absolut für den Monat das Doppelte und mehr betragen und einem Bruttoeinkommen von 40 000 bis 50 000 Kronen entsprechen würden.

In den Rahmen der unpopulären Erwägungen gehört auch das im Vorsommer veröffentlichte Agrarprogramm, das die Linie der künftigen Entwicklung der Landwirtschaft erörtert und die Perspektive einer weiteren Rationalisierung und Entwicklung zur Großlandwirtschaft aufzeigt. Auf dieses äußerst interessante Programm kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Der Verfasser dieser Zeilen steht dem Programm recht kritisch gegenüber.

Es ist interessant, daß die bürgerlichen Angriffe gegen die sozialdemokratische Politik bei dieser Wahl geringer und weniger aggressiv waren als in früheren Jahren. Man hatte oft den Eindruck, als wollte man so nahe wie möglich der Sozialdemokratie liegen und es „nur etwas besser machen wollen“. Wie in Deutschland die Sozialdemokratie oftmals den Eindruck erweckt, nur eine bessere CDU sein zu wollen, so hatte man den Eindruck, daß die drei bürgerlichen Parteien Schwedens nur eine bessere Sozialdemokratie sein wollten.

Die Gemeindewahlen waren für die schwedische Sozialdemokratie eine ernste Warnung. Will man bei den Reichstagswahlen in zwei Jahren weiterhin das Steuer in der Hand behalten, so fordern diese beiden Jahre eine energische Politik, besonders auf ökonomischem Gebiet. Im Zusammenhang mit einem gewissen Absinken der internationalen Kon-

junktur, das Schwierigkeiten für den so wichtigen schwedischen Export mit sich bringt, ist dies besonders schwer.

Die jüngste Reichstagsdebatte zeigte, daß sich die Sozialdemokratie der Bedeutung dieser Frage bewußt ist. Zum ersten Mal seit Jahren wurde hier der jahrelange Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien in Fragen der Ausgaben für den Militäretat gebrochen. Die Sozialdemokraten mit dem Verteidigungsminister an der Spitze schlugen vor, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung nicht erhöht, sondern für die kommenden zwei Jahre unverändert bleiben sollen. Dieser Vorschlag stieß auf heftigen Widerstand besonders der rechten bürgerlichen Gruppierungen. Will man bei den angestrengten öffentlichen Finanzen sparen und will man den übrigen sozialen Standard beibehalten, dann ist das auch in Schweden relativ sehr hohe Budget der Landesverteidigung das einzige, wo man wirklich sparen kann. Wie in allen Ländern, kann man gerade auf diesem Gebiet viel sparen bei an und für sich unproduktiven Ausgaben. Und die bürgerliche Front dürfte in dieser Frage absolut nicht einig sein; besonders die immer sehr realistisch eingestellte ehemalige Bauernpartei — jetzt Centerpartei — dürfte kaum der Kritik des rechten bürgerlichen Flügels folgen.

Die kommenden beiden Jahre werden sicher für Schweden sehr interessant werden. Die einzelnen Parteien werden gezwungen sein, schärfer als bisher ihre eigenen politischen Auffassungen klarzulegen. Der politische Kampf wird heftiger werden, als es in der letzten Zeit der Fall war. Es geht darum, ob die Kette der mehr als dreißigjährigen sozialdemokratischen Regierungszeit abgebrochen wird oder ob die Kontinuität weiter gehalten werden kann.

Walter Pöppel

Sozialistische Wiedervereinigung in Italien

Vor fast zwanzig Jahren trennten sich in Italien *Giuseppe Saragat* und viele seiner politischen Freunde von der Sozialistischen Partei (PSI), weil diese in hohem Maße der starken Kommunistischen Partei Untertan geworden war und ganze Provinzverbände der PSI sozusagen ferngesteuert wurden. Die Allianz von Sozialisten und Kommunisten war lange zuvor im illegalen Kampf gegen den Faschismus und bei den Exilorganisationen entstanden. Trotz manchen Schwierigkeiten wurde sie nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes fortgeführt, nicht zuletzt im Zeichen der Partisanenkämpfe gegen Faschismus und Nazismus, die die letzte Phase des zweiten Weltkrieges in Italien beherrschten.

Aus den Dissidenten wurde, nach mancherlei Gruppenkämpfen und Diskussionen, die

Sozialdemokratische Partei (PSDI), die zwar stets der schwächere Teil der sozialistischen Bewegung blieb, aber durch die Persönlichkeit des heutigen Staatspräsidenten Saragat und ihre realistische Taktik in der italienischen Tagespolitik nicht geringen Einfluß gewann. Angesichts einer starken Kommunistischen Partei — die ein Viertel aller Wählerstimmen für sich buchen kann — und einer radikalen Rechten blieben jedoch die Möglichkeiten der Regierungsbildung stets labil. Mit den Jahren setzte daher sowohl bei den Christdemokraten wie bei den Sozialisten eine Neuorientierung ein.

Sie war bei den Christdemokraten bedeutungsvoll, aber nicht selten mit Widersprüchlichkeiten belastet, da diese Partei bis in die jüngste Zeit in zahlreiche — beinahe selbständige — Gruppen zerfiel. Die Linke und die Mitte waren jedoch zunehmend interessiert, die Sozialisten aus ihrem Bündnis mit den Kommunisten zu lösen. Dabei ging es nicht nur um Regierungsmehrheiten, sondern auch um Gemeinderäte und Provinzialverwaltungen, in denen in Italien die politischen Gruppierungen eine weit größere Rolle spielen als in Deutschland.

Bei den Sozialisten ergab sich eine entscheidende Neuorientierung, als die Niederschlagung des ungarischen Arbeiteraufstandes von 1956 durch sowjetische Panzer eine leidenschaftliche Diskussion über die Rolle der Sowjetunion als Modellstaat des Sozialismus auslöste. Natürlich wurde von der Kommunistischen Partei alles für gutgeheißen, was der Kreml beschloß. Bei den Sozialisten aber schieden sich die Geister. Es bildeten sich zwei Strömungen, die sogenannten Autonomisten, die sich von den Kommunisten völlig unabhängig machen wollten, und eine andere Strömung, die dagegen nach wie vor für die „Einheit der Arbeiterklasse“ eintrat, die sich eben im Bündnis der beiden Arbeiterparteien darstelle. Doch die Bindungen lockerten sich praktisch, einmal, weil angesichts dringender politischer Tagesfragen die Taktik der Kommunisten allzu negativ blieb, und zum anderen, weil es unter der Führung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten *Moro* gelang, eine Mehrheit der Christlich-Demokratischen Partei für eine „Öffnung nach links“ zu gewinnen. Es mehrte sich die Einsicht, daß dies die einzige Möglichkeit sei, gegenüber der größten kommunistischen Partei der westlichen Welt zu bestehen.

Im Verfolg langwieriger Auseinandersetzungen ergab sich dann später auch bei den Sozialisten eine Mehrheit für eine Politik der „linken Mitte“, zuerst in der Form der parlamentarischen Unterstützung einer Koalition der Mitte, an der die Sozialdemokraten beteiligt waren, und dann als Teilnehmer einer solchen Koalition. Zwar hatte - dies eine Abspaltung von der PSI zur Folge. Doch diese

blieb bedeutungslos. Die neue Sozialistische Partei der proletarischen Einigung gewann kein Profil. Da nun beide Parteien, die PSDI, geführt von Giuseppe Saragat, und die PSI, geführt von *Pietro Nenni*, dieselbe Politik praktizierten, wurde die Existenz zweier sozialistischer Parteien nebeneinander in der gleichen Regierungskoalition und mit dem gleichen Programm tagespolitischer Forderungen sinnlos.

Eine lebhaftige Diskussion über die Wiedervereinigung begann; sie führte nunmehr zum Abschluß auf dem großen Wiedervereinigungsparteitag in Rom am 30. Oktober 1966, der eigentlich mehr eine Kundgebung, eine gewaltige Kundgebung darstellte. Der alte Sozialistenführer *Pietro Nenni*, einstmaliger heftiger Gegner von Saragat, wurde zum Vorkämpfer dieser Wiedervereinigung. Es ist seinem, zweifellos entscheidenden, Einfluß zu danken, daß sie nun zustande kam.

Zahlreiche Zustimmungserklärungen aus Kreisen des geistigen und künstlerischen Lebens des Landes spiegeln die gewaltige psychologisch-politische Ausstrahlung dieses Ereignisses im politischen Leben Italiens wider. Die noch vor Jahresfrist verhältnismäßig starke linke Strömung, die nicht alle Brücken zu den Kommunisten abbrechen wollte, wurde von dem unwiderstehlich gewordenen Trend zur Wiedervereinigung einfach mitgerissen. Ihr wortgewaltiger Sprecher *Riccardo Lombardi* gab denn auch eine Loyalitätserklärung ab, die trotz einiger programmatischer Vorbehalte die neue Partei in sich geschlossener erscheinen läßt, als dies im vergangenen Jahrzehnt je der Fall gewesen ist.

Politisch hat sich damit eine nicht unbedeutende Strukturverschiebung in Italien ergeben. Die Hauptkräfte sind nun die drei Gruppen der Christdemokraten, der Kommunisten und der Sozialisten. Ein Problem, das unmittelbar nicht zu lösen ist, wenn es auch unter dem Einfluß dieser Neuorientierung nicht mehr so starr wie ehemals erscheint, ist die Frage der *gewerkschaftspolitischen* Orientierung. Es gibt, wie bekannt, bisher drei — stark politisch bestimmte — Gewerkschaftsverbände: die vorwiegend von Kommunisten geführte CGIL, die christdemokratisch geführte CISL — die ziemlich stark im Parlament vertreten ist — und die bislang vorwiegend sozialdemokratisch orientierte UIL. Innerhalb der CGIL besteht eine organisierte sozialistische Fraktion, die jüngst durch die Forderung, dieser Bund solle sich vom Weltgewerkschaftsbund lösen, Sensation gemacht hat. Sogar die kommunistischen Funktionäre dieses Bundes sind schon seit langem mit dem Weltgewerkschaftsbund in Fehde, was sich einfach daraus erklären läßt, daß eben in der freien Welt echte Gewerkschaftspolitik gemacht werden muß, während die Staatsgebilde des Ostens, die sich

„Gewerkschaften“ nennen, völlig andere, ihnen von den politischen Machthabern auferlegte Funktionen haben.

So beschloß nun die wie der vereinigte Sozialistische Partei, daß sie beim gegenwärtigen Stand der Dinge die Pluralität der Gewerkschaftsrichtungen anerkennen müsse. Die Sozialisten können also jedem dieser Gewerkschaftsbünde angehören; sie wurden aber aufgefordert, für die Einheit einer — künftigen — unabhängigen Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Das ist ein erstrebenswertes, aber immer noch ein recht fernes Ziel. Ungeachtet gewisser Spannungen zwischen kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären der CGIL und dem Weltgewerkschaftsbund kann nicht übersehen werden, daß die Kommunisten ihrerseits nicht bereit sind, auf diesem Gebiet Positionen zu räumen, die ihrer politischen Organisation bisher viel Erfolg einbrachten. Allerdings befindet sich die KP in Italien zweifellos in einer gewissen Krise. Sie leidet an einer inneren Krise durch ihren tagespolitischen Negativismus und an einer äußeren Krise durch die Gründung einer, vorläufig noch recht kleinen, „chinesischen“ Konkurrenzpartei. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dieser chinesisch-sowjetische Gegensatz im gewerkschaftlichen Bereich Auswirkungen zeigen wird.

Rolf Reventlow